Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1612

10. 03. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. März 1978
am Donnerstag, dem 16. März 1978

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Wie hoch bemißt die Bundesregierung den erforderlichen Aufwand von privater und/oder öffentlicher Seite, um die etwa 20 Millionen Wohnungen, die „nur den bauphysikalischen Mindestwärmeschutz aufweisen" und daher auch nach „heutigen Erkenntnissen für einen sparsamen Heizenergiesatz" (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sperling auf die mündliche Frage des Abgeordneten Kolb – Drucksache 8/1573) ungeeignet sind, mit den erwünschten und erforderlichen wärmeschutztechnischen Verbesserungsmaßnahmen zu versehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Kapazitäten für Ausbildungsplätze vorhanden sind, die nur zum Teil ausgenutzt werden, wie z. B. in Ansbach, wo von 40 Ausbildungsplätzen für Fernmeldehandwerker trotz Ausbildungsplatzmangel nur 24 Ausbildungsplätze derzeit besetzt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

3. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen, um gegenüber der Privatwirtschaft die Forderung nach Ausweitung der Ausbildungsplatzangebote glaubwürdig vertreten zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Sind die derzeitigen Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch der Meldebehörden mit zahlreichen anderen Stellen hinsichtlich Art und Umfang der Daten ausreichend, oder ist angesichts der teils vorhandenen, teils entstehenden kommunalen und staatlichen Informationssysteme eine Verrechtlichung der Grundlagen des Verwaltungsvollzugs dringend geboten?

5. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Reichen das Bundesdatenschutzgesetz, die vorhandenen Landesdatenschutzgesetze und andere bestehende Rechtsvorschriften aus, um schutzwürdige Belange des Bürgers gegen unzulässige Beeinträchtigungen seiner Privatsphäre durch bestehende bzw. entstehende kommunale und staatliche Informationssysteme zu sichern, oder müssen im Bereich des Einwohnermeldewesens unverzüglich bereichseigene Datenschutzregelungen getroffen werden?

6. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie aus einem Artikel des „Spiegel" vom 27. Februar 1978 hervorgeht, der sich mit der Sicherung von Kernkraftwerken durch Polizei- und Grenzschutz befaßt – der Bundesinnenminister die Lösung des Problems der Sicherung von Kernkraftwerken verschleppt und dies nach Auffassung des Bundesforschungsministers sogar zum Abschalten von Nuklearanlagen führen werde, und wann wird mit einer Lösung des Problems zu rechnen sein?

7. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom nordrhein-westfälischen Innenminister am 3. März 1978 im Deutschlandfunk vertretene Auffassung, daß die Einrichtung von automatisierten zentralen Landesadreßregistern im Rahmen eines Bundesmeldegesetzes nur praktikabel sei, wenn ein einheitliches Personenkennzeichen miteingeführt würde, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

8. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, bei der bundeseinheitlichen Neuordnung des Meldewesens die schutzwürdigen Belange der Bürger so abzugrenzen, daß auch Daten über Alters- und Ehejubiläen nicht mehr aus den Melderegistern veröffentlicht werden können?

9. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Sind Berichte zutreffend, daß das Bundesinnenministerium erwägt, zur Förderung des Spitzensports den Polizeivollzugsdienst im Bundesgrenzschutz für Sportlerinnen im Skilaufen zu öffnen, und welche anderen Sonderlaufbahnen sind bei einer Reform des öffentlichen Dienstes durch das Bundesinnenministerium zu erwarten?

10. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Wie hoch sind die Gesamtkosten für das Skisportzentrum Ströbung, und von wem kann es unter welchen Bedingungen genutzt werden?

11. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Welche Vorschläge zur besseren Unterbringung der Bundesgrenzschutzbeamten konnten neben dem Skisportzentrum Ströbing im Bundesgebiet auf Grund fehlender Finanzmittel nicht durchgeführt werden?

12. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung sich mehrenden Stimmen von jüdischen Mitbürgern bei, die befürchten, daß in unserem Staat gegen zunehmende neonazistische Tendenzen nicht hinreichend eingeschritten werde (so der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, in der „Allgemeinen" Nr. XXXIII/9 vom 24. Februar 1978, und eine Woche später in der gleichen Zeitung, vom 3. März 1978, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski), und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solchen Befürchtungen unserer jüdischen Mitbürger zu begegnen?

13. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die kürzlich bekannt gewordene radioaktive Strahlung von Fliesen in Wohnräumen, und wie ist künftig zu verhindern, daß die Bevölkerung derartigen radioaktiven Strahlen ausgesetzt ist?

14. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Beharrt die Bundesregierung auf der von Staatssekretär Baum in der Fragestunde vom 23. Februar 1978 vorgetragenen Antwort, der der Feststellung widersprach, „daß in der Vergangenheit Agenten aus dem Bereich des Kommunismus planmäßig in die Jugendorganisationen demokratischer Parteien eingeschleust wurden" (Antwort auf meine Zusatzfrage), obwohl unterdessen der ehemalige Mitarbeiter im Zentralrat der DDR-Staatsjugendorganisation „FDJ" Norbert Stein in einer Sendung von „Report" am 7. März 1978 laut „Kommentarübersicht" Nr. 49 des Bundespresse- und Informationsamtes zum Ausdruck brachte, daß Jugendorganisationen demokratischer Parteien „unterwandert" werden sollen und daß es Ziel dieser Infiltration sei, „die Entwicklung des Jugendverbandes – egal welchen – dahin gehend zu beeinflussen, daß er mehr oder weniger dazu beiträgt, mit seinen Aktivitäten das Fundament der Bundesrepublik zu erschüttern"?

15. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Aussagen des ehemaligen FDJ-Funktionärs Stein in derselben Sendung vor allem die „Jungdemokraten" und die „Naturfreundejugend" Ziel der Infiltrationsbemühungen des FDJ-Zentralrates und des Staatssicherheitsdienstes der DDR darstellen?

16. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Fälle gewaltsamer „Disziplinierung" von nicht völlig linientreuen Teilnehmern an DKP-gesteuerten Demonstrationen gegen die sogenannten „Berufsverbote" oder für „Abrüstung" über die bei der „Abrüstungsdemonstration" in München am 21. Mai 1977 und bei der „Berufsverbote"-Demonstration in Stuttgart am 4. Februar 1978 vorgekommenen hinaus sind der Bundesregierung bekannt?

17. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse über die Androhung oder Anwendung von Gewalt durch Mitglieder orthodox-kommunistischer Organisationen, insbesondere auch des MSB-Spartakus im Universitätsbereich, hat die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, einen steuerlichen Freibetrag nach § 33a Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nicht nur für die Beschäftigung einer Hausgehilfin, sondern auch für die Betreuung der Kinder außerhalb des Hauses, z. B. in Kindertagesstätten, zu gewähren?

19. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie hoch wäre der Ausfall an Steuereinnahmen bei einer solchen Regelung?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie hoch ist die Zahl der bei den französischen Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten deutschen Arbeitnehmer, hat während der letzten drei Jahre ein Verdrängungsprozeß bei deutschen Arbeitnehmern zugunsten französischer Arbeitnehmer stattgefunden, und was kann die Bundesregierung veranlassen, um Arbeitsplätze deutscher Arbeitnehmer bei den französischen Streitkräften zu sichern?

21. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist die Tatsache, daß es für das Umsatzsteuer- und Außensteuergesetz sowie die Abgabenordnung keine Verwaltungsvorschriften entsprechend den Richtlinien bei der Einkommen-, Lohn-, Körperschaft- und Vermögensteuer, stattdessen aber eine Fülle von Erlassen, gibt, damit zu erklären, daß die Bundesregierung es auf dem Gebiet der Besteuerung zu vermeiden trachtet, solche Richtlinien zu erlassen, weil diese dem Bundesrat zur Stellungnahme vorgelegt werden müssen, oder welche anderen Gründe kann die Bundesregierung hierfür nennen?

22. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Treffen Informationen des Handelsblatts vom 2./3. März 1978 in dessen Artikel „Verschlußsache der Finanzverwaltung" zu, wonach die Bundesregierung sich bei der Vorbereitung von Richtlinien zum Außensteuergesetz auf eine 500 Seiten umfassende Materialsammlung erfahrener Auslandsbetriebsprüfer stützt, die zwar vor den Steuerzahlern und Steuerberatern geheimgehalten wird, aus der andererseits aber das Hessische Finanzgericht in einem Urteil vom 12. Juli 1977 zitiert, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachverhalt insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der „Waffengleichheit" von Steuergläubigern und Steuerschuldner?

23. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, wonach Aktionsgemeinschaften gegen die Nutzung der Kernenergie jetzt überall im Bundesgebiet nicht mehr als gemeinnützig anerkannt werden und wonach dieser Ablehnungspraxis ein entsprechender Beschluß der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder zugrundeliegt, und wie lautet gegebenenfalls dieser Beschluß?

24. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Wieviel Aktionsgemeinschaften gegen die Nutzung von Kernenergie ist nach Kenntnis der Bundesregierung bislang die Anerkennung der Gemeinnützigkeit verweigert oder entzogen worden?

25. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Ist die Bundesregierung – falls eine solche in Frage 23 erwähnte Praxis besteht oder sich abzeichnet – in der Lage und bereit, dafür zu sorgen, daß eine solche Auslegung des § 52 Abs. 2 AO und die damit verbundene politische Beurteilung von Aktionsgemeinschaften künftig unterbleibt?

26. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Ist der Bundesregierung die Auffassung von Finanzbehörden bekannt, daß nur solche Körperschaften als gemeinnützig anerkannt werden sollen, deren Tätigkeit der Meinung der Bevölkerungsmehrheit entspricht, bzw., daß Anträge aus Zuerkennung der Gemeinnützigkeit abzulehnen sind, wenn die Tätigkeit der Körperschaft mit Interessen von Teilen der Bevölkerung konkurriert, und wird die Bundesregierung solchen Auffassungen in angemessener Weise entgegentreten?

27. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch Unterschiede in der Bewertung der Wirtschaftsgüter steuerliche Unterschiede zu Lasten des deutschen Steuerbürgers entstehen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

28. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gewinnermittlungsvorschriften, vor allem für kleinere Betriebe, sehr unterschiedlich im Verhältnis zu anderen Staaten gehandhabt werden, und daß von der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage her Unterschiede zu Lasten der deutschen Steuerpflichtigen gegeben sind, und wenn ja, wird sie auf eine Änderung zugunsten der deutschen Steuerpflichtigen hinwirken?

29. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen vom 27. Februar 1978 zu, denenzufolge Bundesfinanzminister Matthöfer – mit dem Hinweis auf einen verstärkten Abbau von Subventionen – erklärt hat, „unter seiner Ägide soll es der Zonenrandförderung an den Kragen gehen", und wenn ja, wie will der Bundesfinanzminister diese Ankündigung mit dem im Zonenrandförderungsgesetz festgelegten Auftrag einer bevorzugten Zonenrandförderung und der entsprechenden Erklärung der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1978 (Tz. 45) in Einklang bringen?

30. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft die Information aus „Bonn intern" vom 6. März 1978, Nr. 5, zu, daß einem Frankfurter Forschungsinstitut von der Bundesregierung eine größere Summe zugewiesen wurde mit der Auflage oder Empfehlung, dem „Expräsidenten der schlagzeilenträchtigen HeLaBa" (Hessische Landesbank) und jetzt arbeitslosen Dr. Wilhelm Hankel die Durchführung eines Forschungsauftrags zu übertragen?

31. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß gemeinnützige Wohnungsunternehmen nicht in der Lage sind, für 1977 Gewinnverteilungsbeschlüsse zu fassen, weil unklar ist, ob bei steuerpflichtigen Anteilseignern die anrechenbare Körperschaftsteuer ein sonstiger Vermögensvorteil im Sinne von § 9 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes ist und diese Unternehmen – bei Ausschüttung von 4 v. H. Bardividende – mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit rechnen müssen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine Lösung dieser Frage, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

32. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Wenn Pressemeldungen zutreffen, nach denen das Oberlandesgericht Karlsruhe in einem Urteil – selbst bei widersprechenden Gutachten – das Töten von Jungkatzen durch mehrmaliges Niederschmettern auf Betonböden und das Töten älterer Katzen mit der sogenannten Chloroform-Tonne bei fünfminütigem Todeskampf der Tiere als den Grundsätzen des ethischen Tierschutzes entsprechend bezeichnet, ist die Bundesregierung dann mit mir der Auffassung, daß das Tierschutzgesetz einer unverzüglichen Konkretisierung bedarf, um derartige Interpretationen durch deutsche Gerichte auszuschließen?

33. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus dem Urteil (AZ 10 U 52/77) des Oberlandesgerichts Karlsruhe über die Klage eines Bundesbürgers, mit der diesem Kläger unter Androhung einer Geldbuße bis zu einer halben Million DM verboten worden ist, dieses grausame Tötungsverfahren als Tierquälerei zu bezeichnen, ziehen?

34. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche finanzielle Auswirkung hätte die von der Kommission geplante Aussetzung der Intervention für Magermilchpulver auf den Milchpreis der deutschen Bauern, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

35. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in dieser Frage von der Kommission dargelegte Begründung, und falls nein, wird die Bundesregierung ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme verweigern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

36. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welches Defizit erwartet die Bundesregierung 1979 unabhängig von der Vorlage des Haushaltsplans der Bundesanstalt für Arbeit im Herbst dieses Jahrs im Haushalt dieser Bundesanstalt, und welche finanziellen Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Bundesregierung?

37. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Zieht die Bundesregierung in Erwägung, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung noch in dieser Wahlperiode zu erhöhen, oder soll der Bundeshaushalt einen Teil der Lasten übernehmen?

38. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Fremdleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 1974, 1975, 1976 und 1977 anzusetzen, wenn man Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten, Kinderzuschüsse, Renten an DDR-Flüchtlinge, Renten an Zuwendungen von alten Menschen aus der DDR und aus anderen Ostgebieten sowie Polenrenten als Fremdleistungen definiert, und in welchem Verhältnis stehen Fremdleistungen und Bundeszuschüsse?

39. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Verwischung von Arbeitsmarktrisiko und Alterssicherungsrisiko durch frühzeitige Verrentung mit Hilfe von Sozialplänen der Unternehmen und auf Grund höchstrichterlicher Entscheidungen (BU- und EU-Renten bei verschlossenem Arbeitsmarkt), und was gedenkt die Bundesregierung gegen die zunehmende Verlagerung wirtschaftspolitischer Risiken auf die Sozialversicherungsträger zu unternehmen?

40. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Für wieviel angebotene bzw. beantragte neue Zivildienstplätze ist seit dem 15. Dezember 1977 die Anerkennung verweigert worden, und wieviel davon sind mit der Begründung abgelehnt worden, eine geschlossene Unterbringungsmöglichkeit sei nicht vorhanden?

41. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Hält die Bundesregierung Ablehnungen nur auf Grund einer fehlenden Unterbringungsmöglichkeit angesichts des bestehenden Defizits an Zivildienstplätzen für eine der Gesamtsituation und dem Problem der Wehrgerechtigkeit gerecht werdende Lösung?

42. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der mit Wirkung vom 1. Juli 1976 in das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte eingefügte § 2 Abs. 2 Satz 2 dazu führt, daß die persönlich haftenden Gesellschafter eines als Personenhandelsgesellschaft betriebenen Industrieunternehmens, zu dem auch ein landwirtschaftlicher Betrieb gehört, krankenversicherungspflichtig in der Krankenversicherung der Landwirte werden, und zwar ohne Befreiungsmöglichkeit, sofern der Einheitswert des landwirtschaftlichen Betriebs 60 000 DM nicht überschreitet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

43. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen mit dem Ziel einleiten zu verhindern, daß in die Krankenversicherung der Landwirte Personen einbezogen werden, für die sie nicht geschaffen ist?

44. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche volkswirtschaftlichen Verluste durch den Arbeitskampf im Bereich der Zeitungsdruckereien bis jetzt entstanden sind?

45. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden Spätaussiedlern geringere Arbeitslosenunterstützungen dann gewährt, wenn Zeugnisse und Befähigungsnachweise von den zuständigen Behörden zunächst nicht anerkannt werden?

46. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Sind die in einem Artikel in der Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbunds „Welt der Arbeit" vom 23. Februar 1978 mit der Überschrift „Ein Sieg der Falken – bei den Zahnärzten geben die Scharfmacher jetzt den Ton an" aufgeworfenen Fragen, wonach sich die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein nicht der bundeseinheitlichen Honorarempfehlungsvereinbarung angeschlossen hat, wodurch jedem Zahnarzt zu seinem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 220 000 DM ein weiteres Plus von 30 000 DM beschert wird, der Bundesregierung bekannt, und erhebt sich damit nicht der Verdacht, daß am 17. März 1978 die Freiwilligkeit der Vereinbarungen in der „Konzertierten Aktion für das Gesundheitswesen" unterlaufen werden soll, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser Entscheidung?

47. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft die Behauptung des Verbands der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. zu, das 21. Rentenanpassungsgesetz würde zehntausende von Heimkehrer-Rentnern doppelt benachteiligen, denen bereits durch lange Wehrdienst-, Kriegs- und gefangenschaftsbedingte Ersatzzeiten in der Rentenversicherung Nachteile in Höhe der Rentenbemessung entstanden sind oder noch entstehen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

48. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Kann die Bundesreigerung bestätigen, daß Zeiten des militärischen oder militärähnlichen Dienstes und der Kriegsgefangenschaft sowie Zeiten einer anschließenden Krankheit oder unverschuldeten Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen als Ersatzzeiten angerechnet werden, infolgedessen die Anrechnung der Ersatzzeiten grundsätzlich sich wie Beitragszeiten auswirken und Ersatzzeiten auch zur Erfüllung der Wartezeiten angerechnet werden und ihre Anrechnung ebenso zu einer Rentensteigerung führt, da Ersatzzeiten auch grundsätzlich mit dem Durchschnitt aus allen Beitragszeiten vor 1965 bewertet werden?

49. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Wie nimmt die Bundesregierung zur Straflosigkeit von Wahlfälschungen bei Wahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz Stellung, teilt sie insbesondere die Auffassung, daß das Strafrecht insofern eine Lücke aufweist, und wird die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften einen Entwurf für die Schließung dieser Lücke zuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

50. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um den Reiseverkehr von und nach Berlin per Auto, Eisenbahn bzw. Flugzeug qualitativ zu verbessern und zu intensivieren, und welcher Verkehrsmöglichkeit räumt sie bei ihrer Förderung gegebenenfalls Vorrang ein?

51. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wieviel Panzer welchen Typs stehen den Kampfgruppen in der DDR zur Verfügung?

52. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei den Kampfgruppen um eine Parteiarmee des SED handelt?

53. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Gibt es Erkenntnisse über die Teilnahme von Kampfgruppen an Manövern der Staaten des Warschauer Pakts?

54. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die Kampfgruppen als territoriale Verteidigung der DDR?

55. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Welche Privilegien haben die Angehörigen der Kampfgruppen gegenüber anderen Bürgern der DDR z. B. hinsichtlich bevorzugter Ferienplätze, schnellerer Zuteilung von Neubauwohnungen und bei ihrer Alterssicherung?

56. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung haben die Kampfgruppen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung auf Grund ihrer straffen Organisation und ideologischen Schulung für die Stabilisierung des politischen Systems in der DDR?

57. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche ideologische Schulung erhalten die Mitglieder der Kampfgruppen, und gehört dazu auch die Erziehung zum Haß gegen den „Klassenfeind" in der Bundesrepublik Deutschland?

58. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Fähigkeit der Kampfgruppen in der DDR, bei militärischer Konfrontation als Flankenschutz militärische Aufgaben zu übernehmen?

59. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Besteht durch die betriebsspezifische Ausbildung der Kampfgruppen die theoretische Möglichkeit ihres Einsatzes in vergleichbaren Objekten außerhalb der DDR?

60. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung gegenwärtig die Stärke der Kampfgruppen in der DDR, und über welche Ausrüstung verfügen sie?

61. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Werden bei den Verhandlungen über ausgewogene und gleichzeitige Truppenreduzierung (MBFR) in Wien die Kampfgruppen der DDR bei der Feststellung der militärischen Stärkeverhältnisse mitgezählt?

62. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Welche militärische Bedeutung mißt die Bundesregierung den sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" in der DDR bei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

63. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Plant die Bundesregierung zur Förderung der rationellen Energieverwendung gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen eine Aufklärungs- und Informationskampagne mit praktischen Beispielen, die ähnlich wie „Der siebente Sinn" zur Verkehrssicherheit aufgebaut ist und zu günstigen Fernsehzeiten läuft?

64. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 28. Februar 1978, Ausgabe Dorsten, gemeldet — der Neubau des Steag Kraftwerks in Dorsten nach dem Voerde-Urteil keine Priorität mehr besitzt und auch nicht mehr in der Planung der bis 1985 zu realisierenden Anlagen enthalten ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

65. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist eine Bezuschussung des Bundes für das geplante Steag-Kraftwerk in Dorsten dann nicht mehr zu erwarten, wenn es im Maßnahmenkatalog des Bundeswirtschaftsministeriums nicht mehr aufgeführt ist, und wenn nein, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um 2 500 Arbeitsplätze im Dorstener Steinkohlenbergbau zu erhalten?

66. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist aus der Sicht der Bundesregierung die Feststellung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger zutreffend, daß sich im Bereich der öffentlichen Investitionen vor allem die Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hemmend auf die Investitionstätigkeit auswirken, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

67. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft es zu, daß rund 60 v. H. der Fläche des Bundesgebiets inzwischen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert werden, und ist eine Ausdehnung der Fördergebiete auf diese Größenordnung aus der Sicht der Bundesregierung noch unter den Gesichtspunkten strukturpolitischer Effizienz vertretbar?

68. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hat das Angebot der RWE an die industrielle Kraftwirtschaft, künftig auf tarifliche Benachteiligungen der industriellen Eigenstromerzeugung zu verzichten und damit bisher ungenutzte Stromkapazitäten zu erschließen, Einfluß auf die Kraftwerksplanung der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

69. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, weiterhin im Zweijahresabstand ein Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr und ebenfalls ein neues Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland herauszugeben?

70. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Ist daran gedacht, wegen des engen Zusammenhangs von Fragen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, ein gemeinsames Weißbuch zur Gesamtverteidigung durch die betroffenen Ressorts oder durch eine interministerielle Arbeitsgruppe erstellen zu lassen und dadurch die Voraussetzung zur umfassenden Information einer breiten Öffentlichkeit über sicherheitspolitische Fragen zu schaffen?

71. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die Kostenpauschalen für die Ausstattung von Unteroffizier- und Offizierheimen zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

72. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um im Hinblick auf die Hersteller von Generica, die sich der Überwachung der von ihnen hergestellten und auf dem Markt befindlichen Medikamente entziehen, eine bessere Überwachung (drug monitoring) von Medikamenten zu erreichen, damit die Arzneimittelsicherheit verbessert und die Wettbewerbsgleichheit mit den forschenden Unternehmen, die bisher allein die Überwachung zu tragen haben, gewährleistet wird?

73. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

In welchem Rahmen und in welchem Ausmaß hat die Bundesregierung bisher öffentliche Aufklärung über die Situation anfallskranker Bürgerinnen und Bürger (Epileptiker) durchgeführt oder deren Durchführung gefördert?

74. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nur durch eine konsequente Verbesserung der Aufklärung der Bürger über Anfallskrankheiten in der Öffentlichkeit bestehende Vorurteile abgebaut werden können, und welche Möglichkeiten sieht sie, im

Rahmen der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung in Köln solche verstärkte Aufklärungsarbeit durchzuführen oder deren Durchführung zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

75. Abgeordneter **Müller (Nordenham)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Einführung von Ballasttanks und/oder Doppelwänden in Tankschiffen eine Möglichkeit, die Sicherheit auf den Meeren und an den Küsten zu erhöhen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

76. Abgeordneter **Ewen** (SPD)

Wieviel Aufgriffe von Seeschiffen, deren Sicherheitsstandard den gegenwärtigen Vorschriften nicht entsprechen, hat es im Jahr 1977 nach dem Wissensstand der Bundesregierung gegeben?

77. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Wird die Bundesregierung notfalls Initiativen auf der Ebene der EG unterstützen, Tankern mit minderem Sicherheitsstandard das Anlaufen europäischer Häfen und Gewässer zu verbieten?

78. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, die Busse der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost in 21 private regionale Verkehrsgesellschaften einzubringen, und welche Überlegungen waren gegebenenfalls dafür maßgebend?

79. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Welche Stellungnahmen haben die Küstenländer zu dem Referentenentwurf für ein neues Seeunfalluntersuchungsgesetz abgegeben, und ist auf Grund dieser Stellungnahmen überhaupt noch damit zu rechnen, daß die Seeämter der Kompetenz der Länder entzogen werden?

80. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Fahrzeughalter, um die Erlaubnis zum Betrieb einer Pkw-Anhängerkupplung zu erhalten, diese zunächst vom TÜV abnehmen und im Kraftfahrzeugbrief eintragen lassen muß für eine Gebühr von 33,92 DM, und daß er anschließend für die Umschreibung der Eintragung vom Kraftfahrzeugbrief in den Kraftfahrzeugschein (ein Buchstabe und vier Ziffern) beim Straßenverkehrsamt nochmals 12 DM zu zahlen hat, womit sich die Kosten, ohne den unzumutbaren Zeitaufwand, auf insgesamt 45,92 DM belaufen, während eine vollständige TÜV-Überprüfung, die eine doppelte Prüfzeit in Anspruch nimmt, nur 26,50 DM kostet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

81. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung hier eine Möglichkeit, öffentlichen Bürokratismus abzubauen und einen öffentlichen Beitrag zur Kostendämpfung zu leisten, und wenn ja, in welcher Weise?

82. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen Auskünfte über Eintragungen in die Kartei des Kraftfahrzeugbundesamts nur gegen eine Gebühr von 8 DM und notarielle Beglaubigung der Unterschrift erteilt werden, daß diese Auskünfte darin bestehen, dem Anfrager ein Merkblatt zu übersenden, anhand dessen er sein

Punktekonto selber errechnen muß, und was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls zu unternehmen, um „bürgerfreundlichere" Auskünfte zu garantieren?

83. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie wirkt sich der von Österreich geplante Straßenverkehrsbeitrag nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung auf die deutsche Exportwirtschaft aus, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um eine derartige Maßnahme durch die österreichische Regierung zu verhindern?

84. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen zu, denenzufolge die Bundesregierung beabsichtigt, für Bundesautobahnen die Geschwindigkeit nachts auf 110 Stundenkilometer zu begrenzen?

85. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Auswirkungen einer derartigen Maßnahme auf die Situation der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie, nachdem bereits durch Franc- und Dollarschwäche negative Auswirkungen auf diese Branche zu befürchten sind?

86. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer Ableitung des Fernverkehrs aus dem Regnitztal den 4spurigen Ausbau der B 505 vorzusehen und die Maßnahme in die Dringlichkeitsstufe Ia des Ausbauplans für die Bundesfernstraßen einzureihen?

87. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, als ergänzende Maßnahme zu einem 4spurigen Ausbau der B 505 die Bundesautobahn A 3 zwischen Erlangen und Würzburg 6spurig auszubauen?

88. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bei der Vorbereitung der Telefonnahbereiche über die Auswirkungen vor, die sich durch die früher einmal festgelegten fiktiven Ortsmittelpunkte ergeben?

89. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Fällen, in denen der Nahverkehrsbereichsradius von 20 km um den fiktiven Ortsmittelpunkt zu offensichtlichen Härtefällen führt, diesen fiktiven Ortsmittelpunkt zugunsten der regionalen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Verflechtung einer Raumschaft geringfügig zu verlegen, wie dies z. B. für das Ortsnetz Bad Peterstal-Griesbach im Verhältnis zu der Kreisstadt Offenburg dringend angezeigt erscheint?

90. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Was will die Bundesregierung bei Einführung der Nahverkehrsbereiche tun, um die Benachteiligung von Grenzfernsprechortsnetzen zu beseitigen, wie z. B. für die Ortsnetze Friedrichshafen (07541), Kreßbronn am Bodensee (07543), Immenstaad am Bodensee (07545)?

91. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Welche Regelung gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die offensichtliche Benachteiligung aller Fernsprechortsnetze an Grenzen zu korrigieren, bzw. welchen Mehrkilometerbereich gedenkt sie für diese Ortsnetze vorzusehen?

92.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Zu welchen jährlichen Mehreinnahmen führt die bevorstehende Erhöhung der Postgebühren und zu welchen jährlichen Mindereinnahmen führen die bevorstehende Senkung der Fernmeldegebühren, die bevorstehende Einführung des Nahverkehrstarifs und die bevorstehende Vorziehung des Mondscheintarifs?
93.	Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen schließt die Deutsche Bundespost Briefsendungen, die die Aufschrift „BRD – Nein! Bundesrepublik Deutschland – Ja!" tragen, von der Beförderung aus?
94.	Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den Fortfall der Geschwisterermäßigung bei den Omnibusbetrieben der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn im Hinblick auf ihre eigenen sozialen- und familienpolitischen Absichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

95.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um den Ausbau der von ihr initiierten Wagnisfinanzierungsgesellschaft voranzutreiben und die Flexibilität der Finanzierungsangebote zu erhöhen?
96.	Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Was ist seitens der Bundesregierung geschehen, um im Rahmen des Programms für Innovation und Forschungsförderung den gerade mittlere Unternehmungen belastenden bürokratischen Aufwand bei der Antragstellung abzubauen und damit das Antragsverfahren zu verbessern?
97.	Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß auch die Personalkosten mit in die Förderung bei dem Programm für Innovation und Forschungsförderung einbezogen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

98.	Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Gibt es Informationsmängel zwischen den Botschaften der EG-Staaten, wie aus den unter der Überschrift „Journalisten verhinderten Vertrauenskrise" geschilderten Vorgängen hervorgeht (Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 1978), und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese Mängel zu beheben?
99.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung entsprechend dem ihr von Professor Andrej Sacharow in Moskau vorgetragenen Fall des bereits seit Jahrzehnten bekannten Ausreisebegehrens einer deutschen Familie tätig werden können, und wie beurteilt sie bejahendenfalls den Erfolg dieser Bemühungen?

100. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Kann damit gerechnet werden, daß die Ausreise von Deutschen aus der Tschechoslowakei in diesem Jahr abschließend geregelt wird, nachdem die Tschechoslowakei nur noch über einige hundert Ausreisewillige Auskunft erteilt hat, oder sind die Angaben der Tschechoslowakei in Frage zu stellen, so daß sich die Ausreisen auf einen längeren Zeitraum erstrecken werden?

101. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Können nach Auffassung der Bundesregierung zu den Berichten aus den USA über eine Studie zur Entfremdung der Bundesrepublik Deutschland vom westlichen Bündnis (Kölnische Rundschau vom 8. März 1978) auch die offiziellen Abrüstungsgespräche, zu deren Führung Botschafter Dr. Ruth außerhalb der Nato mit der Volksrepublik Polen beauftragt war (dpa vom 3. März 1978) sowie Abrüstungsgespräche zuständiger Vertreter der Koalition in Moskau geführt haben?

102. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Beschuldigungen der amtlichen sowjetischen Presse (vgl. Pressespiegel/ Ostteil des Bundespresseamts vom 1. März 1978) gegen den Bundesaußenminister bezüglich des unberechtigten Verbreitens von Mißtrauen gegen die UdSSR und die „Haltlosigkeit" seiner Argumente in einer entschiedenen Demarche zurückweisen, oder hat sie es bereits getan, wie dies im Fall der Angriffe auf Staatssekretär von Bülow der Fall war?

103. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Ist die Bundesregierung dem Aufruf des UN-Flüchtlingskommissars gefolgt, Hilfe zu leisten für zairische Flüchtlinge, die vor militärischen Vergeltungsaktionen gegen die Bevölkerung der Provinzen Shaba und Kiwu nach Angola geflohen sind, und falls nicht, warum nicht?

104. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß S. Nujoma, der Chef der Swapo, am 6. März 1978 öffentlich geäußert hat, die Swapo kämpfe um die Macht in Namibia/SWA und nicht lediglich um eine Mehrheit, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

105. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Wir beurteilt die Bundesregierung diese Äußerung von S. Nujoma auf dem Hintergrund des politischen Programms der Swapo, in dem es heißt, die Swapo strebe den bewaffneten Kampf in Namibia/SWA an, um diesen Kampf in einen wirklichen Volkskrieg zu verwandeln?

106. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welche Garantien liegen der Bundesregierung dafür vor, daß sich die Swapo entgegen der Interview-Äußerung ihres Chefs Nujoma tatsächlich und ernsthaft an den von der Fünfergruppe vorgeschlagenen Wahlen neben anderen Parteien und Gruppen beteiligen wird (vergleiche Antwort zu Frage 140 vom 9. März 1978, Drucksache 8/1573)?

107. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Resolution des Sicherheitsrats mit der gleichen Qualität der Resolution 385 anzustreben, durch die die Swapo aufgefordert wird, Gefangene sofort zu entlassen, von Gewaltaktionen abzusehen und sich öffentlich und verbindlich für ein System freier, gleicher, geheimer und pluraler Wahlen in Südwestafrika/Namibia zu erklären?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler vor dem SPD-Vorstand gesagt, er habe den amerikanischen Präsidenten Carter „so gut wie abgeschrieben“ und „der Mann werde die westliche Welt in eine Krise steuern“, wie es der „Stern“ in seiner neuesten Ausgabe berichtet?

2. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Welche Kosten hat die Bundesregierung für ihre Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1977 aufgewandt?

3. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Welche schutzwürdigen Belange des betroffenen Beamten stehen einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen B 3 bis 5 (Drucksache 8/1573 vom 3. März 1978) entgegen, und wieso verletzt eine Darlegung des beruflichen Werdegangs eines Beamten und die Angabe der jährlichen Belastung des Bundeshaushalts durch die vorzeitige Ruhestandsversetzung in konkreten Beträgen die Persönlichkeitssphäre des Beamten?

4. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie lange war der Beamte seit 1963 aus dem öffentlichen Dienst beurlaubt und für welche Tätigkeit?

5. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Mit welchen Kosten wurde der Bundeshaushalt durch die Umfrage über die Meinung der Bevölkerung zur Regierungsumbildung, deren Ergebnis Gegenstand der dem Beamten vorgeworfenen Indiskretion war, belastet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

6. Abgeordneter **Dr. Bangemann** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Europäische Gemeinschaft mit Gemeinschaftsmitteln eine Vielzahl von Maßnahmen auch in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, die in der Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt bleiben, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese Maßnahmen auch dem einzelnen Bürger in unserem Land zur Kenntnis zu bringen, um somit das Interesse an der Europäischen Gemeinschaft zu stärken?

7. Abgeordneter **Dr. Bangemann** (FDP)

Wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese notwendige Öffentlichkeitsarbeit durch das Aufstellen entsprechender Hinweisschilder zu unterstützen?

8. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gegen die Verhaftung des deutschen Staatsangehörigen de Haan in Jugoslawien (Tanjug vom 23. Februar 1978) protestiert, oder haben sich führende deutsche Politiker mit freundschaftlichen Kontakten zu Jugoslawien für die Freilassung dieses Vertreters der Arbeiterwohlfahrt eingesetzt?

9. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welchem Umfang und in welchen Ländern über die Deutsche Demokratische Republik ausländische Arbeitskräfte illegal nach West-Berlin geschleust werden?

10. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß rund 10 000 bis 12 000 Pakistani auf diesem Wege nach West-Berlin und in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind?

11. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß, nachdem die Engländer nicht für einen Direktwahltermin für das Europäische Parlament im April bzw. Mai 1979 zu gewinnen sind, der von der Labour-Regierung angedeutete Zeitraum Anfang Juni 1979 auf der nächsten Sitzung des Ministerrats als definitiv festgelegt wird?

12. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bezirkskrankenhaus Gaua/Ober-Volta, das mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland erbaut wurde, deutsche Ärzte arbeiten müssen, ohne Medikamente ausgeben zu können und nicht in der Lage sind, eine ordentliche Wundversorgung durchzuführen, und welchen Beitrag wird sie leisten, um die ärztliche Versorgung in diesem Gebiet sicherzustellen?

13. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Weiterführung des Krankenhauses als gefährdet an?

14. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Verhältnisse an der deutschen Schule in Athen zu verbessern (siehe Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. März 1978)?

15. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß dem Rundfunksender „Deutsche Welle“ seitens der Bundesregierung nahegelegt worden ist, ein von der UN zusammengestelltes Programm auszustrahlen, das zum Widerstand gegen die staatliche Obrigkeit insbesondere in Südafrika auffordert, und wie ist bejahendenfalls ein solches Vorgehen vereinbar mit den wiederholten Interventionen Bonner Regierungsstellen gegen die Berichterstattung für den Ostblock lediglich mit der Begründung, daß diese Sendungen eine Gefahr für die Beziehungen zum Osten darstellten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, in den Datenkatalog zum Entwurf des Bundesmeldegesetzes auch die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus aufzunehmen, eine Registrierung. die seinerzeit nach vielseitigen Protesten aus dem Bundeszentralregistergesetz wieder gestrichen wurde, und welcher Zusammenhang besteht zwischen diesen Daten und anderen, z. B. denen, die eine effektivere Fahndung nach Terroristen ermöglichen sollen?

17. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in dieser Maßnahme nicht eine erneute Diskriminierung psychisch Kranker, um deren Gleichstellung mit den somatisch Kranken die Betroffenen selbst wie die sie vertretenen Organisationen seit langem kämpfen?

18. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Eintragungen „zur rechtmäßigen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben" sowie auch „für Geschäftszwecke" weitergegeben werden können, und wenn ja, wie kann Mißbrauch ausgeschlossen werden?

19. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Welche Regelung, falls diese Daten aufgenommen werden sollten, gewährleistet im gegebenen Fall die Löschung, wer kann sie vornehmen, und wie sieht das in der Praxis aus?

20. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Wieviel und welche der im ersten Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften vorgesehenen Richtlinien sind durch den Ministerrat verabschiedet und zwischenzeitlich in der Bundesrepublik Deutschland in innerstaatliches Recht umgesetzt worden?

21. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß der Ministerrat über den größten Teil der ihm zugeleiteten Umweltschutzrichtlinien, unter Nichtbeachtung der vereinbarten Neun-Monatsfristen, keine Beschlüsse faßt?

22. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die u. a. im „Vorwärts" vom 2. März 1978 wiedergegebenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Befragungsergebnisse über psychische Auswirkungen der Praxis der Bekämpfung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst auf die Einstellungen und Verhaltensweisen größerer Gruppen der Jugend bekannt, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?

23. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Ausübung des Feuerwehrberufs im Ernstfall und bei Übungen unter einsatzmäßigen Bedingungen auf Grund der besonderen Gefahren grundsätzlich nach § 37 des Beamtenversorgungsgesetzes einzuordnen?

24. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob Rundfunk- und Fernsehanstalten über die Gebühreneinzugszentrale in Köln (GEZ) durch computertechnischen Datenaustausch und -vergleich mit Einwohnermeldedateien potentielle „Schwarzhörer" bzw. „Schwarzseher" zu ermitteln suchen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls einen solch umfassenden Adressenaustausch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten?

25. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung an, daß insbesondere bei jüngeren Beamten und bei Beamten in den unteren Besoldungsgruppen das Bestreben, für den Fall des Todes eine zusätzliche Hinterbliebenenversorgung zu schaffen, zumindest aus der Sicht dieser Beamten berechtigt ist?

26. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, die jetzt neu entwickelte „Patrone ohne Vergangenheit", die eine weitere Lücke im bisherigen Waffenrecht aufzeigt und bei der das Geschoß in einer Plastikführung sitzt, so daß beim Schuß auf dem Geschoß weder Spuren von der Hülse noch vom Rohr der Waffe zurückbleiben und es sich nicht mehr zu der Waffe zurückführen läßt, aus der es verschossen wurde (vgl. Deutsche Polizei, März 1978, Seite 12), noch in die Beratungen des Bundestages über die Novellen zum Waffengesetz und zum Kriegswaffenkontrollgesetz einzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

27. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Verbraucher erwarten kann, daß bei seinen Rechtsverhältnissen mit Bund, Ländern oder mit den Gemeinden und öffentlichen Stellen dieselben Gerechtigkeitsmaßstäbe Anwendung finden, wie sie für den privatwirtschaftlichen Bereich vorgesehen sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus für ihren Verantwortungsbereich?

28. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang bei den Ländern und Gemeinden die Rechtsvorschriften und Satzungen im öffentlichen Dienstleistungsbereich den Maßstäben des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen angepaßt sind, und wann gedenkt die Bundesregierung, zum Schutz der Verbraucher bei den in ihre Zuständigkeit fallenden Betrieben wie Deutsche Bundespost und Deutsche Bundesbahn, den Maßstäben der Allgemeinen Geschäftsbedingungen rechtsgültige Wirksamkeit zu geben?

29. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den gesetzgebenden Körperschaften eine Ergänzung des § 108 StGB vorzuschlagen, derzufolge auch Wahlfälschungen bei Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen als Straftatbestand gewertet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die neuere Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Anerkennung einer doppelten Haushaltsführung die Mehraufwendungen der Arbeitnehmer praktisch nur noch für zwei Jahre steuerlich anerkannt werden, und ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls durch gesetzliche Regelung diese durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs eingetretene Einschränkung zu beseitigen?

31. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Deutsche Bundesbank, im Gegensatz etwa zu den Niederlanden und der Schweiz, bislang keine Banknoten mit abtastbaren Kennzeichen für Blinde ausgestattet und in den Verkehr gebracht hat, und ist die Bundesregierung bereit, in der ihr geeignet erscheinenden Weise auf die Deutsche Bundesbank einzuwirken, damit diese zum nächstmöglichen Zeitpunkt Banknoten mit abtastbaren Merkmalen für Blinde in den Verkehr bringt?

32. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

War der Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zur sechsten EG-Richtlinie die Notwendigkeit der materiellen und steuertechnischen Anpassung von Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, und wenn ja, warum hat sie dem Inkrafttreten der Anpassungsvorschriften auf den 1. Januar 1978 zugestimmt?

33. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Was wird die Bundesregierung nun alles unternehmen, um zumindest am 1. Januar 1979 die Anpassung der sechsten EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer für die Bundesrepublik Deutschland gewährleisten zu können?

34. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den seit 1970 mehrfach vom Bundesrechnungshof gegebenen Anregungen, die Einzelheiten für eine Inanspruchnahme von Bundesmitteln zu Finanzierungshilfen festzulegen, da die Bedingungen für die Verpflichtung zur Gewährung von Finanzierungshilfen des Bundes (z. B. nach Artikel 120 des Grundgesetzes, § 187 des Arbeitsförderungsgesetzes) nicht in den einzelnen Gesetzen geregelt sind?

35. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung der Gefahr bewußt, die durch die mögliche Erhebung von Ausgleichszöllen auf europäische Exporte – durch die amerikanischen Zollbehörden – auf Grund der Mehrwertsteuererstattung in der Europäischen Gemeinschaft droht, und was tut die Bundesregierung, um diese US-Maßnahme zu verhindern, gegenüber der US-Administration bzw. in den europäischen Gremien, um eine gemeinsame Haltung der neun EG-Staaten zustandezubringen?

36. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, nach denen beabsichtigt ist, das Zollamt in Hann. Münden zu schließen und die bisher dort wahrgenommenen Aufgaben durch das Hauptzollamt in Göttingen wahrnehmen zu lassen?

37. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Gründe sprechen bejahendenfalls für eine solche Lösung, und sind sie ausreichend angesichts der mit einer Schließung des Zollamts in Hann. Münden für die dort und in der näheren Umgebung wohnende Bevölkerung verbundenen Nachteile (Entfernung nach Göttingen bis zu 50 km)?

38. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, der Entscheidung der Körperschaftsteuerreferenten der Länder zuzustimmen, die besagt, daß dem Modellflugsport die Gemeinnützigkeit aberkannt wird?

39. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Worin sieht die Bundesregierung diesen Schritt begründende Unterschiede im sportlichen, gemeinnützigen und jugendpflegerischen Bereich gegenüber etwa dem Tennis- oder Schwimmsport?

40. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob es das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und Ertrag weiterhin gerechtfertigt erscheinen läßt, Spielkartensteuer zu erheben?

41. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche nichtfiskalischen Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dafür, diese Steuer möglicherweise beizubehalten?

42. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Belastungen durch Steuern, Abgaben usw. direkter und indirekter Art bestehen gegenwärtig für den Betreiber eines privaten Kraftfahrzeugs, und welche Einnahmen ergeben sich daraus für das laufende Haushaltsjahr?

43. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Vergünstigungen durch Steuern, Abgaben usw. direkter und indirekter Art bestehen gegenwärtig für den Betreiber eines privaten Kraftfahrzeugs, und welche Einnahmenverluste ergeben sich daraus für das laufende Haushaltsjahr?

44. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Sprechers der Commerzbank (dpa 144/23. Februar 1978), daß die Volksrepublik Polen inzwischen 24 Milliarden Westverschuldung habe, aber „absolut kreditwürdig" sei, oder sieht sie mögliche Risiken für den Bundeshaushalt bei konstanter Ausweitung der stattlichen Bürgschaften für Kredite an die Volksrepublik Polen, nachdem amerikanische Banken eine weitere Kreditgewährung bereits ablehnen?

45. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Unter welchen Voraussetzungen dürfen die Finanzämter die erhöhte Afa nach § 7 b EStG für Zweitwohnungen, die als Ferienwohnungen genutzt werden, versagen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das Vorgehen zahlreicher Finanzämter im norddeutschen Raum, die – im Gegensatz zur früheren Praxis – den § 7 b EStG bei Zweitwohnungen restriktiv handhaben?

46. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Initiativen und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung ergriffen, um über den Europarat eine Lösung für die Probleme zu suchen, die für Grenzpendler und für Bezieher von Versorgungsbezügen aus ausländischen Kassen durch Veränderungen der Wechselkurse entstehen?

47. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)

Wie hoch sind etwa die Zahlen der Deutschen, die als Grenzpendler oder Bezieher von Versorgungsbezügen durch die Wechselkursentwicklung im Verhältnis zu den einzelnen Nachbarländern betroffen sind, und wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß – soweit möglich – durch die Schaffung eines Sozialfonds beim Europarat, der zumindest in zu definierenden Härtefällen das Wechselkursrisiko für Grenzpendler und Bezieher von Versorgungsbezügen übernehmen sollte, diesen Menschen geholfen werden wird?

48. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen vom 27. Februar 1978 zu, denenzufolge sich Bundesfinanzminister Matthöfer für eine weitere Herabsetzung bzw. völlige Aufhebung der regionalen Investitionszulage ausgesprochen hat, und wenn ja, ist der Bundesfinanzminister der Ansicht, daß durch eine solche Maßnahme ein Beitrag zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und zur Anregung der privaten Investitionstätigkeit geleistet werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

49. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)

Ist der Bundesregierung die vom Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft in Verbindung mit dem Schweizerischen Nationalkomitee der Weltenergiekonferenz erstellte, stark disaggregierte Gesamtenergiestatistik (vgl. Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, Nr. 23/1977) bekannt, und hält sie den Aufbau einer derartigen statistischen Basis für die Bundesrepublik Deutschland für sinnvoll und möglich?

50. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)

Welche Hindernisse stehen dem Bau des Steinkohlekraftwerks Siersdorf entgegen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um den eventuell bestehenden Hindernissen abzuhelfen und den Bau des Kraftwerks Siersdorf zu beschleunigen?

51. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt ist mit der Inbetriebnahme zu rechnen?

52. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den Abbau der Kohlehalden zu erleichtern, bzw. ist die Bundesregierung bereit, die nationale Kohlereserve von 10 Millionen t auf 15 Millionen t zu erhöhen und den Bau von revierfernen Kohlekraftwerken zu beschleunigen bzw. zu begünstigen?

53. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)

Sieht sie die Möglichkeit, im Zusammenhang mit dem Bau des SK-Kraftwerks Siersdorf Strom ins benachbarte Ausland (Nordfrankreich) zu liefern?

54. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang in den letzten 15 Jahren Glas- und Schmuckwaren (Bijouterie) aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik Deutschland importiert und in welchem Umfang solche Waren in die Tschechoslowakei exportiert wurden, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?

55. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, inwieweit die deutsche Glas- und Schmuckindustrie von der entsprechenden tschechoslowakischen Industrie aus dem Weltmarkt verdrängt wird, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen vor?

56. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Mit welcher durchschnittlichen Jahreszuwachsrate wuchsen der gesamtwirtschaftliche Energie- und Stromverbrauch in den zwei Vergleichsperioden 1970 bis 1973 und 1974 bis 1977, und welche Abweichungen ergaben sich dabei zu den jeweiligen energiepolitischen Prognoseziffern der Bundesregierung?

57. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Welche Abweichungen ergaben sich dabei zwischen den Zuwachsraten der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und denen des Landes Baden-Württemberg?

58. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß dezentralisierte Datenverarbeitung in vielen Anwendungen die wirtschaftlichere und humanere Lösung ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

59. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen eines verstärkten Vordringens staatlicher Monopole vor allem hinsichtlich der Innovationseffekte in den Bereichen Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik, sowie die Neigung öffentlicher Anwender, die Normen marktbeherrschender Firmen als „De-facto-Normen" zu akzeptieren, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Beurteilung?

60. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß durch eine entsprechende Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand einem derartigen Vordringen entgegengesteuert wird?

61. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, verstärkt liberale Lösungen zur Durchsetzung gesunder Wettbewerbsverhältnisse im Datenbereich zu eröffnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

62. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, die Vorschriften über die Haltung von Tieren in Tierparks insoweit zu ändern, daß ausschließlich Fachpersonal beschäftigt werden muß?

63. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Kann die Bundesregierung anhand von EG-Statistiken Auskunft geben, welcher Anteil des durch Intervention aus dem Markt genommenen Obstes gemäß Verordnung 1035/72 sozialen Zwecken zugeführt oder aber verspritttet und verfüttert wurde, und welcher Anteil entgegen den Bestimmungen der EG-Marktordnung vernichtet wurde?

64. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft über die Höhe der Geldbeträge geben, mit denen die nach der Verordnung 1035/72 legalen Interventionen einerseits und die illegalen Interventionen andererseits subventioniert wurden, und billigt die Bundesregierung den Einsatz dieser Mittel?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

65. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um dafür zu sorgen, daß die 1600 neu bei den Arbeitsämtern im gehobenen Dienst eingestellten Vermittler auch die entsprechend verstärkte Zuarbeit durch Mitarbeiter im mittleren Dienst (Bearbeiter und Hilfsbearbeiter) erfahren und so ihr verstärkter Einsatz möglich ist?

66. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Mangel an Saisonarbeitskräften mit inländischer Arbeitserlaubnis im niederelbischen Obstbau bekannt, und was gedenkt sie zu tun, verstärkt Arbeitskräfte für die dortige Obsternte zu gewinnen?

67. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein in einer großen Anzeigenkampagne aufgestellte Behauptung, steigende Krankheitsbehandlungskosten seien auf die Schädlichkeit vieler Nahrungs- und Genußmittel, insbesondere Steaks, Wurst und Eier, zurückzuführen, und sieht die Bundesregierung insbesondere in dem vorgeschlagenen gesetzlichen Verbot oder in einer Konsumbeschränkung einen sachgerechten Beitrag zur Senkung der unbestreitbaren Kostenexplosion im Gesundheitswesen?

68. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Härten bekannt, die in der Durchführung des 6. Änderungsgesetzes zum GAL dadurch entstehen, daß in § 2 Abs. 1 Buchstabe c und § 2 Abs. 1 Buchstabe b eine ununterbrochene Beitragsleistung mindestens bis zur Vollendung des 60. Lebensjahrs bzw. bis zum Eintritt der Erwerbsunfähigkeit gefordert wird, und wenn ja, ist sie bereit, zugunsten der Betroffenen eine Änderung zu veranlassen?

69. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das 7. Änderungsgesetz zum GAL (durch die sogenannte Staffelung) bereits einen erschöpfenden Anreiz für eine längere Beitragsentrichtung gebracht hat, und wäre dies eine Grundlage, eine Änderung dahin gehend herbeizuführen, daß bei einer Beitragszahlung von 180 Monaten analog zu der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ein Anspruch auf Altersgeld gemäß § 2 Abs. 1 bzw. auf vorzeitiges Altersgeld bei einer Mindestzahl von 60 Beiträgen gemäß § 2 Abs. 2 besteht?

70. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der Feststellung des Landgerichts Hamburg, daß infolge einer Gesetzeslücke im Strafgesetzbuch Wahlfälschungen bei Betriebsratswahlen nicht strafbar seien, die erforderliche Gesetzesinitiative zur Behebung dieses Mißstands einzuleiten?

71. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Hat die Bundesregierung – etwa nach dem Tarifvertragsgesetz – die Möglichkeit, auf die Geschäftsleitung des Verlags Gruner + Jahr, die von allen Mitarbeitern im technischen Bereich eine schriftliche Erklärung zu der Frage „Fortsetzung oder Beendigung des Streiks" gefordert haben soll, mit dem Ziel einzuwirken, diese Forderung aufzugeben, und wenn ja, wird die Bundesregierung diese Möglichkeit nutzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt das Bundesverteidigungsministerium daran, die außerdienstliche Benutzung der Bundeswehrschwimmhallen für Soldaten und zivile Mitarbeiter a. D. zukünftig (wie alle anderen Sportanlagen) kostenlos zu ermöglichen, und wenn nein, welche Gründe sprechen gegen diesen Vorschlag?

73. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie hoch belaufen sich die Gesamtkosten des Bundes für die offizielle Verabschiedung des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland durch den Generalinspekteur des Heeres am 1. Februar 1978 anläßlich des offiziellen Empfangs in Baden-Baden und anschließendem großen Zapfenstreich im Rastatter Schloßhof, und stehen die Bewirtungskosten in Baden-Baden in einem angemessenen Verhältnis zu dem Gesamtaufwand?

74. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

In welcher Höhe sind dem Bund durch die Verabschiedung des französischen Oberbefehlshabers noch weitere Kosten andernorts entstanden, und durch welche Veranstaltungen, und auf Grund welcher Richtlinien ist dies geschehen?

75. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Verhältnismäßigkeit von militärischen Ehrenbezeugungen und offizieller Gastlichkeit durch die Bundeswehr bei, ist sie bereit, ihre Praxis zu überprüfen und Ungleichgewichte bei der Verwendung von Hauhaltsmitteln zu korrigieren?

76. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Anleitbereich des Studiums an den Hochschulen der Bundeswehr neueinzurichtenden Wechselstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter besonders durch entsprechend akademisch qualifizierte Offiziere besetzt werden sollen, und welche organisatorischen und gesetzlichen Maßnahmen auch im Hinblick auf die üblichen Einstellungsverfahren an den Hochschulen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu treffen, um diesen seit Aufstellung der Hochschulen der Bundeswehr als Kernstück angesehenen Bereich in diesem Sinne personell ausstatten zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Entwicklung und Prüfung von Arzneimitteln für seltene Erkrankungen zu fördern, da hier wegen der hohen negativen Kosten-Nutzen-Analyse die Entwicklung zu stagnieren scheint?

78. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, wie im vergangenen Jahr dem Ruderverein Hoya bei den geltenden Sätzen für die Unterbringung der überwiegend jugendlichen Teilnehmer an der größten rudersportlichen Veranstaltung in der Bundesrepublik

Deutschland – der Ruderregatta in Hoya – in den Räumen der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, einen erhöhten Nachlaß zu gewähren, oder wenn dieses durch das Bundesamt für Zivilschutz nicht möglich ist, die Veranstaltung aus den Mitteln des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zu fördern, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung diese Haltung?

79. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß in vielen Medikamenten und Stärkungsmitteln ein mehr oder weniger hoher Alkoholgehalt enthalten ist, und zwar in Klosterfrau Melissengeist ca. 80 v. H., in Biovital ca. 16 bis 18 v. H., in Buerlecithin ca. 16 v. H., in Doppelherz ca. 16 v. H., in Frauengold ca. 16,5 v. H., in Galama ca. 15 v. H. und in Veen ca. 14 v. H., und daß bei einigen dieser Mittel – die ja frei erhältlich sind – der Alkoholgehalt auf der Verpackung nur verschlüsselt angegeben ist, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, Bestrebungen voranzutreiben, daß auf den Verpackungen dieser Mittel grundsätzlich deutlich sichtbar die allgemein verständliche Angabe über den Alkoholgehalt in Volumenprozent angegeben wird, um auch von dieser Seite dem Alkoholmißbrauch – in diesen Fällen aus Unkenntnis – zu begegnen?

80. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ärztlich verordnete kostenaufwendige glutenfreie Spezialdiät bei Zöliakie- oder Sprue-Erkrankten, bei denen zeitlebens durch das in bestimmten Getreidearten enthaltene Klebeprotein schwere Gesundheitsstörungen eintreten, die als einzig mögliche und wirksame Therapie die Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 1 des Arzneimittelgesetzes erfüllt, den Arzneimitteln gleichzustellen, um sie im Sinne der Beihilfe- und Sozialversicherungspflicht in den Katalog der Erstattungspflicht für die gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen?

81. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Welche Bedeutung kommt nach Ansicht der Bundesregierung dem Genuß von Schweinefleisch im Vergleich zu anderen Fleischsorten für die Gesundheit der Bürger zu, und beabsichtigt sie, gegebenenfalls die Konsumenten über gesundheitsschädigende Wirkungen des Schweinefleischverzehrs aufzuklären?

82. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Welche generelle Regelung hat die Bundesregierung getroffen, um zu verhindern, daß infolge des Mehraufwands an Untersuchungen, der durch das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz, das Wasserhaushaltsgesetz u. a. m. und die zahlreichen Folgeverordnungen entstanden ist, die amtliche Überwachung durch die hiermit beauftragten Untersuchungsämter nicht mehr bestimmungsgemäß durchgeführt werden kann, weil die vorhandene infrastrukturelle, apparative und insbesondere personelle Ausstattung den neuen Erfordernissen nicht mehr gerecht wird?

83. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es nach der gegenwärtigen gesetzlichen Lage (§ 3 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit) nicht verboten ist, andere als überwiegend branntweinhaltige alkoholische Genußmittel in Gaststätten und Verkaufs-

stellen an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren abzugeben, sofern dies nicht zu deren eigenem Genuß geschieht, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Rechtslage angesichts des bedrohlich wachsenden Problems des Jugendalkoholismus?

84. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zugelassenen Lesebüchern für die Grundschule, z. B. in der Westermann-Fibel 1974 unter der Überschrift „Was sollen die Kinder einkaufen?" auch von Bier und Wein die Rede ist, und wie beurteilt die Bundesregierung dies unter dem Gesichtspunkt des wachsenden Problems des Jugendalkoholismus?

85. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über die gesundheitlichen Schäden des Passivrauchens, und welche gesetzlichen Maßnahmen hält sie auf Grund dieser Erkenntnis für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

86. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß am Haltepunkt Eschborn-Süd, der im Zuge des S-Bahn-Verkehrs Rhein-Main am 28. Mai 1978 in Betrieb genommen wird, die Fahrgäste schon jetzt nicht ausreichend vor Wind und Wetter geschützt sind, und was wird sie unternehmen, um diesem Mißstand abzuhelfen?

87. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wie hoch ist bei dem Subventionsbedarf der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 13,6 Milliarden DM für 1978 der Anteil im Sozialbereich – z. B. für Schülerkarten, Arbeiterrückfahrkarten, Renten und Pensionen – für ehemalige Bewohner deutscher Ostgebiete?

88. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Interesse der älteren Mitbürger bereit, sich dafür einzusetzen, daß Seniorenkarten auch in den Bussen der Deutschen Bundesbahn gelöst werden können, und wenn ja, ab welchem Zeitpunkt ist mit einer solchen Regelung zu rechnen?

89. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Hindernisse stehen dem Anschluß der L 78 an die BAB 5 entgegen, nachdem die Landesregierung Baden-Württemberg dies schon seit längerer Zeit beantragt hat und bei Realisierung dieses Vorschlags die Einwohner der Orte Baden-Oos, Baden-Baden-Haueneberstein und Kuppenheim von der außerordentlichen Lärmbelästigung und Verkehrsbehinderung durch den Kiesschwerlastverkehr befreit werden könnten?

90. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, ihren Beitrag zur Sanierung der Stadt Gaggenau zu leisten, indem sie das ihr gehörende, heute mit Hallen bebaute Gelände der Stadt für dringend benötigte Parkplätze überläßt, wenn die Hallenbenutzer sich bereit erklären, sich bei entsprechendem Gleisanschluß auch außerhalb der Stadt niederzulassen und für Transporte auch weiterhin die Dienste der Deutschen Bundesbahn in Anspruch zu nehmen?

91. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was hat den Bundesverkehrsminister zur Aussage veranlaßt, noch dieses Jahr die Verpflichtung zum Anlegen von Sicherheitsgurten einzuführen und die Nichtbeachtung der Anschnallpflicht mit einem Bußgeld zu belegen?

92. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Läßt sich aus den bisherigen Untersuchungen eine Beziehung zwischen der steigenden Zahl der Verunglückten und der Abneigung gegen die Anlegung von Sicherheitsgurten ableiten?

93. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Warum hält die Bundesregierung die Kommende im Knoten Ramersdorf als Dienstsitz der Straßenverkehrsabteilung des Bundesverkehrsministeriums für ungeeignet?

94. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Neubauplanungen für die Bundesanstalt für Straßenbauwesen dahin gehend zu überprüfen, daß die Möglichkeit der Unterbringung von Teilen der Anstalt in der Kommende untersucht wird?

95. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang inzwischen die Bordsteine bei Fußgängerüberwegen an Bundesfernstraßen nach Möglichkeit auf Fahrbahnhöhe, mindestens jedoch auf 3 cm abgesenkt worden sind, um dadurch das Los Behinderter – insbesondere der Rollstuhlfahrer – zu erleichtern, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, die Durchführung dieser Maßnahmen zu beschleunigen (vgl. die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar auf meine Schriftliche Anfrage im Plenarprotokoll der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13. Mai 1977, Seite 1999)?

96. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Länder diese Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich durchführen, nachdem in einer Dienstbesprechung des Bundesverkehrsministers mit den obersten Straßenbaubehörden im Jahr 1975 über diese Maßnahmen Einigkeit erzielt wurde, und erwägt gegebenenfalls die Bundesregierung, mit den Ländern über diesen Sachverhalt erneut zu sprechen?

97. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ergebnisse die Intervention des Bundesverkehrsministers bei der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Frage der Absenkung von Bordsteinen an Fußgängerüberwegen, die im Januar 1975 vorgetragen wurde, gehabt hat?

98. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister meine Auffassung, daß die von der Bundesbahndirektion Nürnberg beabsichtigte Einführung eines sogenannten Regionaleilzug-Systems, die zu einer Auflassung einer Reihe von Bundesbahnhaltestellen in Westmittelfranken führen wird, zu einer erheblichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen und verkehrlichen Struktur des westmittelfränkischen Raums führt, und daß eine solche Entwicklung im Widerspruch zu der allseits anerkannten Notwendigkeit steht, die Struktur Westmittelfrankens nachhaltig zu fördern, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

99. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was wird der Bundesverkehrsminister tun, um die bei Einführung des Regionaleilzug-Systems zu erwartende Verschlechterung insbesondere für sozial schwächer Gestellte, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, ebenso zu verhindern wie eine zusätzliche Kostenbelastung der Kommunen durch höhere Unterhaltskosten ihrer Straßen?

100. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Bestehen Planungen der Bundesregierung, nach denen in Zukunft nachts nur noch 110 Stundenkilometer auf Autobahnen gefahren werden können soll, wie es der Nachrichtenspiegel/Inland II des Bundespresseamts vom 8. März 1978 zitiert?

101. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Forderung der Post- und Eisenbahngewerkschaft, anstelle einer Privatisierung die Busdienste der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost in einer Betriebsgemeinschaft auf öffentlichrechtlicher Grundlage zusammenzufassen?

102. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts des Umstands, daß die mit der Stadt Nürnberg sozioökonomisch verflochtene Stadt Altdorf und die umliegenden Gemeinden im Landkreis Nürnberger Land nur wenige hundert Meter jenseits der Gebührenbezugspunkte der vorgesehenen Telefonnahbereichszone Nürnberg gelegen sind, bereit, dafür zu sorgen, daß die genannten Gemeinden seitens der Deutschen Bundespost in einen künftigen Nahbereich Nürnberg einbezogen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

103. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Auswertung der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks die Bestimmungen für die Finanzierung von Altstadtsanierungsmaßnahmen, insbesondere für den Bau von Studentenwohnungen, die jetzt aus den verschiedensten Kassen und nach den verschiedensten Gesetzen und Förderungsprogrammen erfolgt, zu vereinheitlichen und von Bund und Ländern geförderte Modellversuche einzurichten?

104. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die öffentliche Hand als Bauherrin bei der architektonischen Gestaltung ihrer Gebäude nicht nur Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit zu berücksichtigen hat, sondern auch auf zeitgenössische Kunst, Umwelt usw. Rücksicht nehmen muß, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus für ihren Verantwortungsbereich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

105. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Wie verteilen sich die Mittel, die in den letzten 15 Jahren als laufende und einmalige Mittel einschließlich der Globalmittel vom Bundesforschungsministerium und seinen Vorgängern für die Grundlagenforschung ausgegeben wurden, auf die Hauptgebiete Physik, Chemie, Biologie und Medizin?

106. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche Beratungsgremien des Bundesforschungsministeriums gibt es für die Beurteilung von Anträgen der nuklearchemischen Grundlagenforschung?

107. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Inwieweit lassen sich die Schlußfolgerungen einer amerikanischen Studie der Firma Data Resources Inc. über Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 1978), die besagen, daß bei einer Steigerung der tatsächlichen Zuwachsraten im Forschungs- und Entwicklungsbereich eine Zunahme der Produktivität und eine Steigerung des Bruttosozialprodukts erfolgt, auch auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen?

108. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung zu den für die USA genannten Zahlen vergleichbare Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland angeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

109. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß – wie in einem Spiegel-Bericht vom 27. Februar 1978 geäußert – die Fortbildung von Facharbeitern zu staatlich geprüften Technikern sich als ein kostspieliger Fehlschlag erwiesen hat, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, ungeachtet dieser Erfahrungen im zivilen Bereich, an der grundsätzlichen Forderung nach dem zivilberuflich anerkannten Abschluß auf Technikerebene auch für Unteroffiziere festzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

110. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Professor Dr. Hankel über das Institut für ländliche Strukturforschung an der Universität Frankfurt einen Forschungsauftrag erhalten hat, der mit Mitteln aus dem Etat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert wird?

Bonn, den 10. März 1978